Am 23. Mai 2026 feiern wir den Tag des Grundgesetzes.

Das Motto: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Für eine solidarische Gesellschaft

1. Das Grundgesetz wurde am 23. Mai 1949 verkündet und trat einen Tag später in Kraft. Die Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland schuf das Fundament für den erfolgreichen Aufbau des zerstörten Landes – für Frieden, Demokratie und Freiheit.

2. In Artikel 1 der Verfassung heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Grundsatz wird durch Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verletzt und untergraben. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland möchte in einer solidarischen Gesellschaft ohne Diskriminierungen leben.

3. Deutschland ist eine pluralistische Gesellschaft, in der vielfältige Meinungen, Interessen und Lebensentwürfe von Einzelpersonen und Gruppen respektiert werden. Dieses Zusammenleben hat sich bewährt und ist zu bewahren.

4. Als solidarische Gesellschaft lehnen wir Hetze und Gewalt mit Nachdruck ab – und wir setzen uns aktiv für eine offene Gesellschaft ein.

Nein zum Rechtsextremismus

1. Rechtsextremistische Bewegungen unterlaufen die grundlegenden Werte unserer Verfassung wie die Gleichbehandlung aller Menschen. So spalten sie unsere Gesellschaft, fördern Polarisierung und gefährden den gesellschaftlichen Frieden.

2. Rechtsextremistische Bewegungen verbreiten Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus, Hass gegen queere Menschen, Geflüchtete, Obdachlose und Menschen mit Behinderungen.

3. Demokratische Prozesse sind schwierig, oft langwierig und erfordern Kompromisse. Trotz aller Kritik sind sie die Mühe wert – und bringen eine komplexe Gesellschaft erfolgreich voran. Autoritäre Strukturen sind schädlich für die Gesellschaft, unser Zusammenleben und die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung.

4. Rechtsextremistische Bewegungen verstärken Gewalt. Seit Jahren steigen rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in Deutschland. Gewalt verunsichert Menschen und fügt ihnen großes Leid zu, verbreitet Angst und Schrecken – und schadet unserem Ansehen in der Welt. Das muss aufhören.

Erklärung des Arbeitskreises Pro Menschenwürde bei der Stiftung gegen Rassismus

gez. Halima Gutale und Dr. Jürgen Micksch

Vorstand der Stiftung gegen Rassismus

Frankfurt am Main, 2. Juli 2025